



Anlage 1

Allgemeine Vertragsbestimmungen der Stadt Nürnberg zum Architekten- und Ingenieurvertrag (AVB-Arch/Ing)

Inhalt

§ 1	Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers.....	2
§ 2	Zusammenarbeit zwischen Auftraggeberin, Auftragnehmer und anderen fachlich Beteiligten	3
§ 3	Vertretung der Auftraggeberin durch den Auftragnehmer	4
§ 4	Herausgabeanspruch der Auftraggeberin.....	5
§ 5	Urheberrecht und Rechte Dritter	5
§ 6	Öffentlichkeitsarbeit	7
§ 7	Leistungsverzögerungen.....	7
§ 8	Abnahme	9
§ 9	Vergütung	9
§ 10	Abrechnung	10
§ 11	Zahlungen, Fälligkeit.....	11
§ 12	Umsatzsteuer.....	12
§ 13	Kündigung.....	12
§ 14	Haftung und Verjährung	14
§ 15	Haftplichtversicherung.....	14
§ 16	Erfüllungsort, Gerichtsstand	15
§ 17	Arbeitsgemeinschaften.....	15
§ 18	Salvatorische Klausel, Anwendbares Recht, Schriftform, Sprache	15





Anlage 1

§ 1

Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers

- 1.1 Falls kein höherer Standard vereinbart ist, hat die Leistung des Auftragnehmers den fachlich allgemein anerkannten, neuesten Regeln der Technik zu entsprechen. Falls dies ausnahmsweise nicht möglich ist, hat der Auftragnehmer die Auftraggeberin darauf ausdrücklich in Textform hinzuweisen und deren Entscheidung über die Art und Weise der weiteren Planung und Ausführung einzuholen.
- 1.2 Die Leistungen müssen dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Funktionalität, einschließlich der Grundsätze und Voraussetzungen für einen späteren wirtschaftlichen Betrieb des Bauwerks/der baulichen Anlage sowie den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen entsprechen.
- 1.3 Der Auftragnehmer hat die gesetzlichen Bestimmungen und die Verwaltungsvorschriften für das Öffentliche Bauwesen in der jeweils geltenden Fassung zu beachten, insbesondere:
 - den Vierten Teil des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (§§ 97 ff. GWB),
 - die Vergabeverordnung für EU-Vergabeverfahren (VgV),
 - die Sektorenverordnung (SektVO),
 - die Verordnung über die Vergabe von Konzessionen (KonzVgV),
 - die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (Teil A (VOB/A) und Teil B (VOB/B)),
 - die Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte (UVgO) und die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (Teil A (VOL/A) und Teil B (VOL/B)),
 - die Bestimmungen über Zuwendungen an kommunale Auftraggeber.
- 1.4 Die Leistungsanforderungen an den Auftragnehmer werden durch die Sach- und Fachkunde der Auftraggeberin nicht gemindert.

Der Auftragnehmer hat seine Leistungen grundsätzlich gemäß den Anordnungen und Anregungen der Auftraggeberin zu erbringen; auf etwaige Bedenken und Risiken hat er die Auftraggeberin umgehend in Textform hinzuweisen und diese detailliert zu begründen. Die Haftung des Auftragnehmers für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistungen wird durch die Abstimmung mit der Auftraggeberin und die Entgegennahme oder Freigabe von Plänen von Arbeitsergebnissen durch die Auftraggeberin nicht eingeschränkt.
- 1.5 Als Sachwalter seiner Auftraggeberin hat der Auftragnehmer ihre Interessen zu wahren. Er darf keine Unternehmer- oder Lieferanteninteressen vertreten und hat gemäß seinem Berufs- und Standesrecht im Rahmen des Vertrages die ihm mit übertragenen Vermögensbetreuungspflichten ausschließlich für die Auftraggeberin wahrzunehmen.
- 1.6 Weder der Auftragnehmer noch eine ihm angehörige oder wirtschaftlich verbundene Person dürfen in einem von ihm vertragsgemäß betreuten Vergabeverfahren für einen Bewerber oder Bieter tätig sein, es sei denn, dass dadurch für den Auftragnehmer kein Interessenskonflikt besteht oder sich die Tätigkeit nicht auf die Entscheidungen im



Anlage 1

Vergabeverfahren auswirkt. Ein Interessenskonflikt besteht immer dann, wenn der Auftragnehmer am Ausgang des Vergabeverfahrens ein direktes oder indirektes finanzielles, wirtschaftliches oder persönliches Interesse hat.

- 1.7 Der Auftragnehmer hat die ihm übertragenen Leistungen mit seinem eigenen Büro zu erbringen. Eine Unterbeauftragung an andere als im Vertrag explizit benannte Nachunternehmer bedarf der vorherigen Zustimmung der Auftraggeberin in Textform, es sei denn, das Unternehmen des Auftragnehmers ist auf derartige Arbeiten nicht eingerichtet. Die Auftraggeberin wird die Zustimmung nur bei Vorliegen eines sachlichen Grundes verweigern.
- 1.7.1 Der Auftragnehmer darf sich gegenüber der Auftraggeberin nur durch Mitarbeiter vertreten lassen, die eine abgeschlossene Fachausbildung als Dipl.-Ing TH/FH bzw. Bachelor/Master an Universitäten oder Fachhochschulen oder eine vergleichbare Berufserfahrung aufweisen.
Für die Objektüberwachung ist zusätzlich eine angemessene Baustellenpraxis von mindestens drei Jahren Voraussetzung. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung der Auftraggeberin in Textform.
- 1.7.2 Die Auftraggeberin ist berechtigt, vom Auftragnehmer die Auswechslung eines Mitarbeiters zu verlangen, wenn dieser auf Grund seiner bisherigen erbrachten Leistungen nicht mehr das Vertrauen der Auftraggeberin hat. Die Auftraggeberin kann darüber hinaus eine Ergänzung des Personals durch geeignete Fachleute verlangen, wenn die eingesetzten Mitarbeiter nicht in ausreichendem Maße eine rechtzeitige Planung oder einen störungsfreien Bauablauf gewährleisten.
- 1.7.3 Entsprechen die Leistungen des Nachunternehmers trotz Beanstandung durch die Auftraggeberin nicht den Anforderungen, kann die Auftraggeberin ihre Zustimmung zur Beauftragung widerrufen mit der Folge, dass der Auftragnehmer die Leistung des Nachunternehmers selbst übernehmen muss oder mit Zustimmung der Auftraggeberin einen anderen Nachunternehmer mit der Leistung beauftragen muss.

§ 2

Zusammenarbeit zwischen Auftraggeberin, Auftragnehmer und anderen fachlich Beteiligten

- 2.1 Vorbehaltlich anderweitiger vertraglicher Regelungen sind nur die im Vertrag genannten Bevollmächtigten der Auftraggeberin dem Auftragnehmer gegenüber weisungsbefugt.
- 2.2 Der Auftragnehmer berät die Auftraggeberin hinsichtlich der Notwendigkeit und des Zeitpunktes der Beauftragung von anderen fachlich Beteiligten oder Gutachtern und hat die Auftraggeberin hierauf rechtzeitig hinzuweisen.
- 2.3 Die Auftraggeberin unterrichtet den Auftragnehmer über die Leistungen, die die von ihr beauftragten fachlich Beteiligten zu erbringen haben, um das Projekt entsprechend der vereinbarten Zielsetzung zu realisieren.
- 2.4 Der Auftragnehmer hat die Auftraggeberin jeweils zeitnah umfassend über den Stand der Planung und die planerischen Alternativen zur Realisierung der vereinbarten Ziele zu unterrichten, Auskunft über den vorgesehenen Bauablauf zu erteilen, sich mit ihr zu beraten und sich an den Vorgaben und Weisungen der Auftraggeberin auszurichten.



Anlage 1

- 2.5 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, an allen notwendigen Besprechungen teilzunehmen. Die Ergebnisse dieser Bau-, Planungs- und Koordinierungsbesprechungen sind in seine vertraglichen Leistungspflichten einzuarbeiten. Ist der Auftragnehmer mit der Objektplanung beauftragt, hat er zudem über den Inhalt der Besprechungen ein Protokoll zu fertigen und dieses ohne schuldhaftes Zögern der Auftraggeberin zu übermitteln.
- 2.6 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, der Auftraggeberin, den anderen fachlich Beteiligten und dem ggf. beauftragten Projektsteuerer die notwendigen Angaben und Unterlagen so rechtzeitig zu liefern, dass diese ihre Leistungen ordnungsgemäß erbringen können.
- 2.7 Wird erkennbar, dass die Vertragsziele voraussichtlich nicht erreicht werden können, ist der Auftragnehmer verpflichtet, dies der Auftraggeberin unverzüglich in Textform mitzuteilen und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.
- 2.8 Wenn während der Ausführung der Leistungen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Auftragnehmer und anderen fachlich Beteiligten auftreten, hat der Auftragnehmer unverzüglich in Textform die Entscheidung der Auftraggeberin herbeizuführen.
- 2.9 Der Auftragnehmer hat die Auftraggeberin unverzüglich über Umstände zu unterrichten, aus denen sich Ansprüche gegen mit der Ausführung beauftragte Unternehmen oder gegen fachlich Beteiligte bzw. gegen ihn selbst ergeben können. Der Auftragnehmer hat die Auftraggeberin bei der Geltendmachung ihrer Ansprüche zu unterstützen; die Geltendmachung erfolgt durch die Auftraggeberin.
- 2.10 Der Auftragnehmer hat der Auftraggeberin auf Anforderung über seine Leistungen unverzüglich und ohne besondere Vergütung Stellungnahmen in Textform abzugeben und Beanstandungen nachzugehen, bis das Rechnungsprüfungsverfahren für die Baumaßnahme für abgeschlossen erklärt ist.

§ 3

Vertretung der Auftraggeberin durch den Auftragnehmer

- 3.1 Der Auftragnehmer ist im Rahmen seiner Objektüberwachungspflichten berechtigt und verpflichtet, die ausführenden Unternehmen zur vertragsgemäßen Ausführung der Leistungen anzuhalten und ihnen und den sonstigen an der Überwachung fachlich Beteiligten (Fachbauleiter etc.) gegenüber die Anordnungen und Weisungen i. S. d. § 4 Abs. 1 Nr. 3 VOB/B zu treffen, die zur vertragsgemäßen Ausführung ihrer Leistungen erforderlich sind.

Soweit Anordnungen zu treffen sind, die zusätzliche Vergütungsansprüche der ausführenden Unternehmen begründen können, hat er die Auftraggeberin unverzüglich vorab zu unterrichten und deren Entscheidung einzuholen; seine Anordnungsbefugnis zur Aufrechterhaltung des ordnungsgemäßen Baubetriebs bleibt davon unberührt.

- 3.2 Die Auftraggeberin bevollmächtigt den Auftragnehmer im Rahmen der Leistungsphase 8 ferner, technische Abnahmen vorzunehmen, Stundenlohnachweise entgegenzunehmen und abzuzeichnen, Mängelrügen abzugeben, Angebote entgegenzunehmen, Erklärungen ausführender Firmen (z.B. Bedenkenanmeldungen, Behinderungsanzeigen, Mehrkostenanmeldungen) entgegenzunehmen und ein gemeinsames Aufmaß mit den ausführenden Firmen aufzunehmen.



Anlage 1

- 3.3 Eine weitergehende Vollmacht wird dem Auftragnehmer mit diesem Vertrag nicht erteilt. Insbesondere ist der Auftragnehmer nicht berechtigt, zu Lasten der Auftraggeberin finanzielle oder rechtliche Verpflichtungen einzugehen. Er darf keine Verträge abschließen, ändern, ergänzen oder Preise für Vertragsleistungen oder Nachtragsleistungen vereinbaren.
- 3.4 Spätere, über § 3 Nr. 3.1 und § 3 Nr. 3.2 hinausgehende Vollmachten können nur schriftlich erteilt werden.

§ 4

Herausgabeanspruch der Auftraggeberin

- 4.1 Die vom Auftragnehmer zur Erfüllung des Vertrages angefertigten Unterlagen, insbesondere Originalpläne als Ausdruck und digital in veränderbarem Format, sind an die Auftraggeberin herauszugeben; sie werden deren Eigentum.
- 4.2 Die dem Auftragnehmer überlassenen Unterlagen sind der Auftraggeberin spätestens unverzüglich nach Auftragserfüllung zurückzugeben. Die Geltendmachung von Zurückbehaltungsrechten, die nicht auf diesem Vertragsverhältnis beruhen, ist ausgeschlossen. Dies gilt auch im Fall vorzeitiger Vertragsbeendigung.
- 4.3 Auf Anforderung der Auftraggeberin hat der Auftragnehmer die von der Auftraggeberin digital zur Verfügung gestellten Daten auf seinem DV-System zu löschen.

§ 5

Urheberrecht und Rechte Dritter

- 5.1 Soweit die vom Auftragnehmer angefertigten Unterlagen (insbesondere Zeichnungen, Pläne, Gutachten, Entwürfe und Skizzen) und das ausgeführte Werk ganz oder in Teilen urheberrechtlich geschützt sind, bestimmen sich die Rechte der Auftraggeberin hinsichtlich dieser Werke nach § 5 Nrn. 5.1.1 bis 5.1.6.

Als Werke der Baukunst i. S. d. § 2 Abs. 1 Nr. 4 Urheberrechtsgesetz (UrhG) sind solche Unterlagen und Bauwerke anzusehen, die eine persönliche, geistige Schöpfung des Auftragnehmers darstellen und einen so hohen Grad an individueller ästhetischer Gestaltungskraft aufweisen, dass sie aus der Masse des alltäglichen Bauschaffens herausragen.

Gegen fachliche Weisungen der Auftraggeberin kann der Auftragnehmer nicht einwenden, dass die von ihm im Rahmen des Auftrags erstellten Unterlagen seinem Urheberrecht unterliegen.

- 5.1.1 Die Auftraggeberin darf die Unterlagen für die im Vertrag benannte Baumaßnahme und das aufgeführte Werk ohne Mitwirkung des Auftragnehmers nutzen.

Hierzu räumt der Auftragnehmer der Auftraggeberin ein ausschließliches, zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränktes Nutzungsrecht ein. Dies gilt für Rechte an noch nicht vollendeten Werken oder Teilergebnissen der Tätigkeit entsprechend.



Anlage 1

- 5.1.2 Insbesondere darf die Auftraggeberin die Unterlagen sowie das ausgeführte Werk ohne Mitwirkung des Auftragnehmers bearbeiten, umarbeiten, ändern, modernisieren und/oder in sonstiger Weise den aktuellen Erfordernissen anpassen, wenn die von der Auftraggeberin vorzunehmende Interessenabwägung im Einzelfall ergeben hat, dass das Schutzinteresse des Auftragnehmers hinter dem Gebrauchsinteresse der Auftraggeberin zurücktreten muss. In diesem Fall wird die Auftraggeberin den Auftragnehmer über das Vorhaben unterrichten und ihm Gelegenheit geben, innerhalb einer von der Auftraggeberin bestimmten angemessenen Zeit mitzuteilen, ob und in welcher Weise er mit einer Änderung einverstanden ist.
- 5.1.3 Müssen am ausgeführten Werk Mängel, die insbesondere eine Gefahr für die Sicherheit darstellen oder die Nutzung des Gebäudes beeinträchtigen und die nicht ohne eine Änderung des ursprünglichen Werkes behoben werden können, beseitigt werden, kann die Auftraggeberin das ausgeführte Werk ohne Mitwirkung des Auftragnehmers ändern. § 5 Nr. 5.1.2 Satz 1 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Gebrauchsinteresses der Auftraggeberin das Interesse der Auftraggeberin an einer mangelfreien Werkausführung tritt. Soweit möglich, wird sie den Auftragnehmer vor Ausführung hören.
- 5.1.4 Die Auftraggeberin hat das Recht zur Veröffentlichung, Vervielfältigung und Verbreitung unter Namensangabe des Auftragnehmers. Das Veröffentlichungsrecht des Auftragnehmers unterliegt der vorherigen Zustimmung der Auftraggeberin in Textform.
- 5.1.5 Die Auftraggeberin ist berechtigt, Dritten Nutzungsrechte einzuräumen. Insbesondere kann sie ihre Befugnisse nach § 5 Nr. 5.1.1 bis 5.1.4 im Rahmen des § 34 UrhG auf den jeweiligen zur Verfügung über das Grundstück Berechtigten übertragen.
- 5.1.6 Mit der vereinbarten Vergütung sind sämtliche Ansprüche des Auftragnehmers in Zusammenhang mit der Einräumung des Nutzungsrechtes an seiner Leistung abgegolten.
- 5.2 Liegen die Voraussetzungen von § 5 Nr. 5.1 nicht vor, darf die Auftraggeberin die Unterlagen für die im Vertrag genannte Baumaßnahme ohne Mitwirkung des Auftragnehmers nutzen und ändern; dasselbe gilt auch für das ausgeführte Werk. Die Auftraggeberin hat das Recht zur Veröffentlichung, Vervielfältigung und Verbreitung unter Namensangabe des Auftragnehmers.

Das Veröffentlichungsrecht des Auftragnehmers unterliegt der vorherigen Zustimmung der Auftraggeberin in Textform.

Die Auftraggeberin ist berechtigt, Dritten Nutzungsrechte einzuräumen. Insbesondere kann sie ihre vorgenannten Rechte auf den jeweils zur Verfügung über das Grundstück Berechtigten übertragen.

- 5.3 Der Auftragnehmer haftet dafür, dass die von ihm erbrachten Leistungen frei von Rechten Dritter – insbesondere von Urheberrechten und gewerblichen Schutzrechten – sind, die die Nutzung der Leistungen durch die Auftraggeberin ausschließen oder einschränken. Wird die vertragsgemäße Nutzung durch Schutzrechtsverletzungen Dritter beeinträchtigt oder untersagt, ist der Auftragnehmer verpflichtet, nach seiner Wahl entweder die Leistungen in der Weise zu ändern oder zu ersetzen, dass die Schutzrechtsverletzung entfällt, gleichwohl aber den vertraglichen Bedingungen entspricht, oder das Nutzungsrecht zu erwirken, so dass die Leistung von der Auftraggeberin uneingeschränkt und ohne zusätzliche Kosten vertragsgemäß genutzt werden kann.



Anlage 1

Der Auftragnehmer stellt die Auftraggeberin auf erstes Anfordern von den Ansprüchen frei, die ein Dritter wegen der Verletzung von Schutzrechten gegen die Auftraggeberin geltend macht. Die Auftraggeberin ist verpflichtet, den Auftragnehmer unverzüglich in Textform zu benachrichtigen, wenn gegen sie Ansprüche wegen der Verletzung von Schutzrechten geltend gemacht werden.

§ 6 Öffentlichkeitsarbeit

- 6.1 Der Auftragnehmer hat die ihm im Rahmen seiner Leistungserbringung bekannt gewordenen Vorgänge, Informationen und Unterlagen vertraulich zu behandeln. Diese Pflicht besteht auch nach Beendigung aller Leistungen unbegrenzt fort.

Der Auftragnehmer hat Personen, die er mit der Erfüllung der Vertragspflichten beauftragt, zur Verschwiegenheit im Sinne von Satz 1 und Satz 2 zu verpflichten.

- 6.2 Daten, Pläne und Auskünfte über die Baumaßnahme darf der Auftragnehmer Dritten nur mit vorheriger Zustimmung der Auftraggeberin weitergeben.

§ 7 Leistungsverzögerungen

- 7.1 Der Auftragnehmer hat seine Leistungen so rechtzeitig zu erbringen, dass die gesamte Planung und Bauausführung termingerecht erfolgen kann, insbesondere sind die Vorgaben des mit der Auftraggeberin und den sonstigen Planern erstellten Bauzeitenplans einzuhalten.

Falls während der Durchführung des Bauvorhabens Verzögerungen auftreten sollten, insbesondere auch durch vertragswidriges Verhalten der anderen Projektbeteiligten, muss der Auftragnehmer seine Leistung auch in (grundlegend) geänderter zeitlicher Abfolge erbringen können.

- 7.2 Die Auftraggeberin ist berechtigt, den Auftragnehmer zur vertragsgerechten Leistungserbringung anzuhalten und Anordnungen zu treffen, wenn der Auftragnehmer seine Tätigkeiten nicht zeitgerecht aufnimmt oder fortführt.

- 7.3 Verzögert der Auftragnehmer eine Leistung, für die keine Vertragsfrist besteht, kann ihm die Auftraggeberin eine angemessene Frist zur Leistungserbringung setzen. Hält der Auftragnehmer diese Frist nicht für angemessen, hat er unverzüglich zu widersprechen und der Auftraggeberin den aus seiner Sicht erforderlichen Zeitraum für die Leistungserbringung unter Beachtung der Vertragsfristen zu benennen. Die Auftraggeberin kann dann unter Würdigung der Angaben des Auftragnehmers nach Maßgabe des § 315 BGB nach billigem Ermessen eine neue Frist zur Leistungserbringung setzen, die für den Auftragnehmer verbindlich ist.

- 7.4 Verzögert sich die Leistung eines fachlich Beteiligten oder eine Entscheidung der Auftraggeberin, kann die Auftraggeberin im Rahmen des Zumutbaren Beschleunigungsmaßnahmen anordnen.



Anlage 1

Können Vertragsfristen vom Auftragnehmer nicht eingehalten werden, ist die Auftraggeberin nach Maßgabe des § 315 BGB nach billigem Ermessen befugt, neue Fristen vorzugeben, die unter Beachtung der vertraglichen Anforderungen die objektiv eingetretenen Terminverzögerungen angemessen berücksichtigen. Die Verantwortlichkeit für die Einhaltung der vormals vereinbarten Fristen bleibt hiervon unberührt.

Vor Anordnung von Beschleunigungsmaßnahmen oder der Festlegung von neuen Terminen oder Fristen hört die Auftraggeberin den Auftragnehmer an.

- 7.5 Der Auftragnehmer hat Anspruch auf Verlängerung von Einzelterminen oder Vertragsfristen, wenn er bei der Erbringung seiner Leistung durch einen Umstand aus dem Risikobereich der Auftraggeberin oder durch höhere Gewalt oder andere für den Auftragnehmer unabwendbare Umstände behindert wird.

Behinderungen hat er unverzüglich in Textform anzuzeigen. Unterlässt er diese Anzeige, obwohl ihm das nach den Umständen möglich gewesen wäre, hat er nur dann Anspruch auf Berücksichtigung behindernder Umstände, wenn der Auftraggeberin die entsprechenden Tatsachen und ihre hindernde Wirkung bekannt waren oder sie diese hätte kennen müssen.

Behinderungen im Sinne des Abs. 1, die zur Unterbrechung der Planungsleistungen des Auftragnehmers bis zu einem Zeitraum von bis zu sechs Monaten führen, berechtigen den Auftragnehmer nicht zu einer Kündigung nach § 643 BGB. Im Übrigen richten sich die Kündigungsmöglichkeiten des Auftragnehmers nach den Bestimmungen dieses Vertrages und den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften.

- 7.6 Werden im Vertrag verbindliche Vertragstermine vereinbart, hat der Auftragnehmer für die schuldhafte Überschreitung dieser Termine für jeden Werktag des Verzugs eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,2 % der Nettoabrechnungssumme (d. h. die Vergütung, die der Auftragnehmer abzurechnen berechtigt ist, ohne die darauf entfallende MwSt.) der zum jeweiligen überschrittenen Vertragstermin fertigzustellenden Teilleistung zu zahlen.

Die für die Überschreitung von verbindlichen Vertragsterminen angefallenen Vertragsstrafen werden auf Vertragsstrafen für folgende Vertragstermine bzw. den Gesamtfertigstellungstermin angerechnet. Für die Überschreitung des Gesamtfertigstellungstermins hat der Auftragnehmer für jeden Werktag des Verzugs eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,3 % der Nettoabrechnungssumme zu zahlen.

Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt 5 % des Endbetrages der Nettoabrechnungssumme begrenzt. Die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen neben der Vertragsstrafe bleibt unberührt. Jedoch wird eine verwirkte Vertragsstrafe auf solche Schadensersatzansprüche angerechnet.

Die Vertragsstrafe kann bis zur Schlusszahlung vorbehalten werden. Die Vertragsstrafenvereinbarung gilt auch, wenn die Parteien neue Vertragstermine vereinbaren. Sie bezieht sich dann auch auf die neu vereinbarten Termine.



Anlage 1

§ 8 Abnahme

- 8.1 Die Auftraggeberin nimmt die Leistungen des Auftragnehmers nach Erbringung der letzten beauftragten Leistungsphase als Ganzes ab; Voraussetzung ist, dass die Leistungen vollständig, vertragsgerecht und im Wesentlichen mängelfrei erbracht worden sind.
- 8.2 Abweichend von § 8 Nr. 8.1 kann der Auftragnehmer ab der Abnahme der letzten Leistung des bauausführenden Unternehmers oder der bauausführenden Unternehmer eine Teilabnahme der von ihm bis dahin erbrachten Leistungen verlangen, § 650 s BGB. Die Voraussetzungen des § 8 Nr. 8.1 gelten entsprechend.

Sonstige Teilabnahmen finden nicht statt.

- 8.3 Die (Teil-)Abnahme ist vom Auftragnehmer in Textform zu beantragen. Die (Teil-)Abnahme hat gemeinsam und förmlich zu erfolgen. Das Ergebnis der (Teil-)Abnahme ist in einem gemeinsamen Abnahmeprotokoll festzuhalten. Im Protokoll sind vorhandene Mängel festzustellen und die vertraglichen Erfüllungs- und Vertragsstrafenansprüche vorzubehalten.

§ 9 Vergütung

- 9.1 Alle Vergütungsregelungen infolge geänderter und zusätzlicher Leistungen sollen möglichst vor Beginn der geänderten bzw. zusätzlichen Leistungen schriftlich vereinbart werden.
- 9.2 Notwendige Überarbeitungen der Leistungsergebnisse bei unveränderten Zielvorgaben begründen keinen Anspruch auf zusätzliche Vergütung. § 10 HOAI bleibt unberührt.
- 9.3 Ändert die Auftraggeberin die vereinbarten Qualitäts-, Kosten- und Terminvorgaben nach Abschluss der Entwurfsplanung und muss deshalb die Vor- oder Entwurfsplanung nach grundsätzlich verschiedenen Anforderungen neu gefertigt werden, richtet sich das Honorar nach § 10 HOAI.
- 9.4 Vergütung bei Bauzeitverzögerungen

Verzögert sich die dem Vertrag zugrunde gelegte Regelbauzeit durch Umstände, die der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, wesentlich, so ist für die Mehraufwendungen im Rahmen der Objektüberwachung eine zusätzliche Vergütung mit folgenden Maßgaben zu vereinbaren:

Eine Überschreitung bis zu 20 % der festgelegten Ausführungszeit, maximal jedoch sechs Monate, ist durch das Honorar abgegolten. Für den daran anschließenden Zeitraum soll der Auftragnehmer für die gegenüber den Grundleistungen entstandenen konkret nachgewiesenen Mehraufwendungen eine zusätzliche Vergütung erhalten. Pro Verlängerungsmonat steht dem Auftragnehmer dabei höchstens der Betrag zu, den er als Anteil der Vergütung für die Objektüberwachung je Monat der vereinbarten Ausführungszeit erhalten hat.

Im Übrigen begründen Veränderungen der festgelegten Termine allein keinen Anspruch auf Erhöhung des Honorars.



Anlage 1

9.5 Zeithonorare

9.5.1 Zeithonorare sind auf der Grundlage der im Vertrag festgelegten Stundensätze durch Vorausschätzung des Zeitbedarfs als Fest- oder Höchstbetrag zu berechnen. Ist eine Vorausschätzung des Zeitbedarfs nicht möglich, so sind die Honorare nach dem nachgewiesenen Zeitbedarf auf der Grundlage der vereinbarten Stundensätze zu berechnen.

9.5.2 Der Auftragnehmer hat die erbrachten Stunden durch qualifizierte, die Leistung genau bezeichnende Stundenbelege mit Angabe der Bearbeiter nachzuweisen. Die Stundenbelege sind der Auftraggeberin wöchentlich zur Gegenzeichnung zuzuleiten.

Unterlässt der Auftragnehmer eine fristgerechte Einreichung, hat er daraus resultierende Mehraufwendungen der Auftraggeberin bei der Prüfung, z. B. durch die Einschaltung eines sachverständigen Dritten zur Leistungsbewertung, zu tragen.

9.5.3 Zusätzlich anfallende Stunden hat der Auftragnehmer im Vorfeld anzumelden.

9.5.4 Mit der Unterzeichnung von Stundenzetteln erkennt die Auftraggeberin die Leistungen nach Art und Umfang der aufgelisteten Stunden an. Die Prüfung des Vergütungsanspruchs dem Grund und der Höhe nach bleibt davon unberührt.

Soweit der Zeitbedarf von der Auftraggeberin als überzogen und unwirtschaftlich beanstandet wird, hat der Auftragnehmer die Angemessenheit des von ihm geforderten Zeithonorars zu belegen und nachzuweisen.

9.6 Für die Erteilung von Auskünften über eigene Leistungen im Zuge der Rechnungsprüfung erhält der Auftragnehmer keine zusätzliche Vergütung.

§ 10 Abrechnung

10.1 Sobald die vereinbarten Leistungen insgesamt vertragsgemäß erbracht sind, hat der Auftragnehmer sie prüffähig abzurechnen (Schlussrechnung).

Die Schlussrechnung ist prüffähig, wenn sie eine übersichtliche Aufstellung der erbrachten Leistungen enthält und für die Auftraggeberin nachvollziehbar ist. Der Auftragnehmer hat dabei die Reihenfolge der Leistungspositionen gemäß der Gliederungsstruktur und den Vergütungsregelungen (Honorar, Nebenkosten, Umsatzsteuer) des Vertrages in der Schlussrechnung einzuhalten und die in den Vertragsbestandteilen enthaltenen Bezeichnungen zu verwenden. Die zum Nachweis von Art und Umfang der vertragsgemäß erbrachten Leistungen erforderlichen Unterlagen sind der Rechnung beizufügen.

Änderungen und Ergänzungen des Vertrags sind in der Schlussrechnung besonders kenntlich zu machen und auf Verlangen der Auftraggeberin getrennt abzurechnen.

10.2 Die Schlussrechnung muss innerhalb von zwei Monaten nach vertragsgemäßer Erbringung der letzten Leistung eingereicht werden.

Reicht der Auftragnehmer eine prüffähige Schlussrechnung nicht ein, obwohl ihm die Auftraggeberin nach Ablauf dieser Frist dafür eine angemessene Nachfrist gesetzt hat, so kann die Auftraggeberin die Schlussrechnung selbst auf Kosten des Auftragnehmers aufstellen.



Anlage 1

- 10.3 Nach erfolgter Teilabnahme gemäß § 8 Nr. 8.2 kann der Auftragnehmer für die teilabgenommenen Leistungen eine Teilschlussrechnung erstellen. § 10 Nr. 10.1 und Nr. 10.2 gelten entsprechend.

§ 11 Zahlungen, Fälligkeit

- 11.1 Auf Antrag des Auftragnehmers werden Abschlagszahlungen für die nachgewiesenen vertragsgemäßen Leistungen und Nebenkosten, einschließlich des darauf entfallenden bzw. dazu ausgewiesenen Umsatzsteuerbetrages gewährt. Die erbrachten vertragsgemäßen Leistungen sind durch eine prüffähige Abschlagsrechnung nachzuweisen.

Abschlagszahlungen werden 30 Tage nach Zugang der prüffähigen Abschlagsrechnung fällig.

Als Sicherheit für die Vertragserfüllung, insbesondere die vertragsgemäße Ausführung der Leistung einschließlich der Abrechnung, Mängelansprüche und Schadensersatz, Vertragsstrafen, Rückzahlung von Überzahlungen, Ansprüche auf vertragsgemäße Erbringung von geänderten und zusätzlichen Leistungen und Ansprüche bei Nichtabführung von Beiträgen an Sozialversicherungsträger, behält die Auftraggeberin von jeder Zahlung jeweils 5 % bis zu einer Höhe von 5 % des tatsächlichen Gesamthonorars ein. Der Auftragnehmer kann stattdessen eine Bankbürgschaft stellen. Die Bankbürgschaft ist als selbstschuldnerische Bürgschaft eines in der Europäischen Union zugelassenen Kreditinstituts oder Kreditversicherers unter Ausschluss der Hinterlegung und unter Verzicht auf die Einrede der Vorausklage, zudem ohne Befristung, auszustellen.

- 11.2 Die Teilschlusszahlung wird fällig, wenn
- die Teilabnahme gemäß § 8 Nr. 8.2 erfolgt ist,
 - die für die Berechnung des Teilhonorars maßgeblichen anrechenbaren Kosten feststehen,
 - der Auftragnehmer die Leistungen zum Zeitpunkt der Teilabnahme vertragsgemäß erfüllt und
 - eine prüffähige Teilschlussrechnung eingereicht hat.
- 11.3 Die Schlusszahlung wird fällig, wenn
- die Leistungen gemäß § 8 Nr. 8.1 abgenommen wurden,
 - die für die Berechnung des Honorars maßgeblichen anrechenbaren Kosten feststehen,
 - der Auftragnehmer sämtliche Leistungen aus dem Vertrag vertragsgemäß erfüllt und
 - eine prüffähige Schlussrechnung eingereicht hat.
- 11.4 Alle Rechnungen (einschließlich der Nachweise für Nebenkosten) sind in einfacher Ausführung einzureichen. Näheres regelt die Anlage 14 zu diesem Vertrag.



Anlage 1

- 11.5 Wird nach Annahme der (Teil-)Schlusszahlung festgestellt, dass die Vergütung abweichend vom Vertrag oder auf Grund unzutreffender anrechenbarer Kosten ermittelt wurde, so ist die Abrechnung unverzüglich zu berichtigen. Auftraggeberin und Auftragnehmer sind verpflichtet, die sich danach ergebenden Beträge zu erstatten. Sie können sich nicht auf einen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.
- 11.6 Die Ausgaben der Auftraggeberin unterliegen der Rechnungsprüfung durch die zuständige Rechnungsprüfungsstelle. Die Rechnungsprüfung kann auch erst nach Ablauf mehrerer Jahre durchgeführt werden. Die gesetzliche Verjährungsfrist (§ 195 BGB) von Ansprüchen aus ungerechtfertigter Bereicherung wegen insoweit festgestellter ungerechtfertigter Zahlungen bzw. Überzahlungen beginnt mit der Kenntnis der Auftraggeberin vom Ergebnis der Rechnungsprüfung, es sei denn, die Auftraggeberin hatte bereits zuvor von der Überzahlung Kenntnis oder ihre Unkenntnis war grob fahrlässig; § 199 Abs. 4 BGB bleibt unberührt. Die Ansprüche verjähren spätestens nach 30 Jahren ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn. Der Auftragnehmer muss bis zum Ablauf der Verjährungsfrist damit rechnen, dass er auf Erstattung der ungerechtfertigt gezahlten Beträge in Anspruch genommen wird.
- 11.7 Im Falle der Überzahlung hat der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten. Leistet er innerhalb von 30 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 9 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen.

§ 12 Umsatzsteuer

Gemäß § 16 HOAI wird die Umsatzsteuer in der jeweils gültigen gesetzlichen Höhe zu allen Honoraren und Nebenkosten zusätzlich in Rechnung gestellt, wobei jedoch die Vorsteuern außer Betracht bleiben.

Der Anspruch auf Umsatzsteuer entfällt, soweit im Fall des § 13 Nr. 13.2 Honorar für nicht erbrachte Leistungen verlangt wird.

§ 13 Kündigung

- 13.1 Auftraggeberin und Auftragnehmer sind zur Kündigung dieses Vertrages aus wichtigem Grund (§ 648 a BGB) berechtigt. Das Recht der Auftraggeberin zur ordentlichen Vertragskündigung gemäß § 648 BGB bleibt daneben unberührt.
- 13.2 Kündigt die Auftraggeberin den Vertrag ordentlich (§ 648 BGB), ist der Auftragnehmer berechtigt, die vereinbarte Vergütung zu verlangen.

Er muss sich jedoch das anrechnen lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrags an Kosten erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft und seines Unternehmens/Büros erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt.



Anlage 1

Die ersparten Aufwendungen für die nicht erbrachten vertraglichen Leistungen werden für

- die Leistungen Grundlagenermittlung, Vor-, Entwurfs-, Genehmigungs- und Ausführungsplanung sowie Vorbereitung und Mitwirkung bei der Vergabe auf 40 % der vereinbarten Vergütung,
- die Leistungen Objektüberwachung/Bauüberwachung, Überwachung der Ausführung bzw. der Bauoberleitung und örtlichen Bauüberwachung auf 60 % der vereinbarten Vergütung,
- die Leistungen Objektbetreuung/Dokumentation auf 90 % der vereinbarten Vergütung

festgelegt, es sei denn, es werden geringere oder höhere ersparte Aufwendungen oder sonstige vergütungshindernde Umstände von einer Vertragspartei nachgewiesen.

- 13.3 Kündigt eine Vertragspartei aus wichtigem Grund (§ 648 a BGB), hat der Auftragnehmer nur Anspruch auf Vergütung der bis zur Kündigung vertragsgemäß erbrachten Leistung, soweit die erbrachten Leistungen für die Auftraggeberin in zumutbarer Weise verwertbar sind. Dabei sind § 8 HOAI und ggf. § 9 HOAI entsprechend anzuwenden.
- 13.4 Die Kündigung des Vertrages kann auf einen abgrenzbaren Teil der vertraglichen Leistung beschränkt werden, § 648 a Abs. 2 BGB. Das gilt auch für innerhalb der einzelnen beauftragten Leistungsstufe zu erbringende Einzelleistungen, soweit es sich um abgrenzbare Teile der geschuldeten Leistungen handelt.
- 13.5 Nach Kündigung des Vertrages oder eines Vertragsteils ist die Auftraggeberin berechtigt, die bisher erbrachten Leistungen des Auftragnehmers für die im Vertrag genannte Baumaßnahme zu nutzen und zu ändern.

Entstehen der Auftraggeberin durch die Kündigung zusätzliche Kosten oder Aufwendungen, z. B. durch Verzögerung der Projektrealisierung oder Weiterbeauftragung an einen Dritten, gehen sie zu Lasten des Auftragnehmers, wenn dieser den Grund der Kündigung zu vertreten hat.

Die Auftraggeberin kann Schadensersatz verlangen, wenn sie aus Gründen, die zur Kündigung des Vertrages geführt haben, an der Ausführung der ursprünglich vereinbarten Leistung kein berechtigtes Interesse mehr hat.

- 13.6 Die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen.
- 13.7 Die Rechte und Pflichten hinsichtlich der Feststellung des Leistungsstandes nach Kündigung richten sich nach § 648 a BGB. Insbesondere kann der Auftragnehmer die Feststellung und Abnahme seiner bis zur Kündigung erbrachten Leistungen alsbald nach der Kündigung verlangen; er hat danach unverzüglich eine prüffähige Rechnung über seine ausgeführten Leistungen vorzulegen.
- 13.8 Die Ansprüche der Vertragsparteien aus §§ 4, 5, 6, 14, 15 und 17 bleiben unberührt.
- 13.9 Für die Kündigung bei Verstößen gegen das Vergaberecht gilt § 133 GWB.



Anlage 1

§ 14

Haftung und Verjährung

- 14.1 Die Rechte der Auftraggeberin aus Pflichtverletzungen des Auftragnehmers wie Mängel- und Schadensersatzansprüche richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften.
- 14.2 Die Verjährungsfristen für Mängelansprüche der Auftraggeberin bestimmen sich nach § 634 a BGB und beginnen mit der (Teil-)Abnahme gemäß § 8.

Für den Fall, dass eine förmliche Abnahme ausnahmsweise unterbleibt, beginnt die Verjährung der Leistungen dann, wenn der Auftragnehmer die letzte nach dem Vertrag zu erbringende Leistung entsprechend den Anforderungen des § 8 Nr. 8.1 erfüllt hat und sich aus dem Verhalten der Auftraggeberin ergibt, dass sie das Werk als insoweit vertragsgemäß anerkennt. Wird der Auftragnehmer auch mit der Objektbetreuung (Leistungsphase 9) beauftragt, beginnt die Verjährung der Restleistungen frühestens mit Durchführung der Objektbegehung zur Mängelfeststellung vor Ablauf der Gewährleistungsfristen gegenüber den ausführenden Unternehmen.

§ 15

Haftplichtversicherung

- 15.1 Der Auftragnehmer muss eine Berufshaftpflichtversicherung während der gesamten Vertragsdauer und bis zum Ablauf der Gewährleistungsfrist unterhalten und spätestens vier Wochen nach Vertragsschluss durch Vorlage eines Versicherungsscheins nachweisen. Er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz mindestens in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht und dieser Betrag in jedem Versicherungsjahr mindestens 2-fach zur Verfügung steht.
- 15.2 Der Auftragnehmer hat vor dem Nachweis des Versicherungsschutzes keinen Anspruch auf Leistungen der Auftraggeberin. Die Auftraggeberin kann Zahlungen vom Nachweis des Fortbestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen.
- 15.3 Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen Anzeige in Textform verpflichtet, wenn und soweit die Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht. Er ist in diesem Fall verpflichtet, unverzüglich durch Abschluss eines neuen Versicherungsvertrages Deckung in der vereinbarten Höhe für die gesamte Vertragszeit nachzuholen, zu gewährleisten und nachzuweisen. Lässt der Auftragnehmer eine hierzu von der Auftraggeberin gesetzte angemessene Frist fruchtlos verstreichen, ist die Auftraggeberin berechtigt, eine solche Deckung auf Kosten des Auftragnehmers einzuholen. Das Recht der Auftraggeberin zur Kündigung des Vertrags aus wichtigem Grund bleibt unberührt.



Anlage 1

§ 16

Erfüllungsort, Gerichtsstand

- 16.1 Erfüllungsort für die Leistungen des Auftragnehmers ist der Ort der Baustelle, soweit die Leistungen dort zu erbringen sind, im Übrigen Nürnberg.
- 16.2 Soweit die Voraussetzungen einer Gerichtsstandsvereinbarung gemäß § 38 Abs. 1 Satz 2 der Zivilprozessordnung (ZPO) vorliegen, ist ausschließlicher Gerichtsstand Nürnberg.

§ 17

Arbeitsgemeinschaften

- 17.1 Sofern eine Arbeitsgemeinschaft Auftragnehmer ist, übernimmt das mit der Vertretung beauftragte, im Vertrag genannte Mitglied die Federführung. Es vertritt alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Auftraggeberin gegenüber. Beschränkungen seiner Vertretungsbefugnis, die sich aus dem Arbeitsgemeinschaftsvertrag ergeben, sind gegenüber der Auftraggeberin unwirksam.
- 17.2 Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtung haftet jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft auch nach deren Auflösung gesamtschuldnerisch.
- 17.3 Die Zahlungen werden mit befreiender Wirkung für die Auftraggeberin ausschließlich an den im Vertrag genannten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen Weisung in Textform geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft. Auch im Falle der Auflösung der Arbeitsgemeinschaft gilt die Vollmacht des im Vertrag genannten Vertreters als fortbestehend, bis der Auftraggeberin ihr Erlöschen in Textform bekannt gegeben wird.

§ 18

Salvatorische Klausel, Anwendbares Recht, Schriftform, Sprache

- 18.1 Sollten Bestimmungen des Vertrages unwirksam sein oder sollte der Vertrag Lücken aufweisen, so wird hierdurch die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt. Die Vertragsparteien werden in diesem Fall an Stelle der unwirksamen Bestimmungen wirksame Regelungen vereinbaren oder die Lücken ergänzen und zwar so, dass die neu zu vereinbarenden Bestimmungen dem wirtschaftlichen Zweck und der Interessenverteilung im Vertrag entsprechen.
- 18.2 Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- 18.3 Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform im Sinne von § 126 BGB. Dies gilt auch für die Aufhebung dieser Klausel.
- 18.4 Für die Durchführung des Vertrages gilt ausschließlich die deutsche Sprache.